

Ivar Krumpal  
Heiko Rauhut

**Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen  
Landtagswahlentscheidungen in der BRD?**

*Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen  
Partei politikverflechtung bei Landtagswahlen (1996-2000)*

## **Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig**

Die *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie* erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge. Bisher erschienene Berichte können unter folgender Adresse angefordert werden. Eine Liste der bisher erschienenen Berichte findet sich am Ende jedes Arbeitsberichts und im Internet unter unten angegebener Adresse. Dort sind auch ein Großteil der Arbeitsberichte direkt online verfügbar. Für die Inhalte sind allein die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Redaktion: Heiko Rauhut, M.Sc.

Kontakt Institut für Soziologie  
Universität Leipzig  
Beethovenstr. 15  
04107 Leipzig

Tel +49 (0) 341 9735 638 (Heiko Rauhut)  
640 (Sekretariat Fr. Müller)  
Fax +49 (0) 341 9735 669

email: [rauhut@sozio.uni-leipzig.de](mailto:rauhut@sozio.uni-leipzig.de)

net: [http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte\\_berichte.php](http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php)

# Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen Landtagswahlentscheidungen in der BRD?

*Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung  
bei Landtagswahlen (1996-2000)*

*Zusammenfassung:* Landtagswahlergebnisse in der BRD werden von empirischen Wahlforschern häufig als aktuelle Stimmungsbarometer für die Bundespolitik interpretiert. Bei dieser Interpretation von Landtagswahlen als „Bundestestwahlen“ wird jedoch häufig vernachlässigt, dass Landtagswahlen überwiegend auch Regionalwahlen sind und landestypischen Dynamiken folgen. Empirische Untersuchungen zu Bestimmungsfaktoren von Landtagswahlverhalten wurden in Deutschland bis dato entweder in Form von qualitativen Einzelfallanalysen oder als Aggregatdatenanalysen der amtlichen Wahlstatistiken durchgeführt. Eine direkte und vergleichende Quantifizierung der Effektstärken mit Survey-Daten wurde allerdings bislang nicht vorgenommen. Die vorliegende Studie wertet deshalb im Rahmen eines replikativen Surveys 17 Landtagswahlstudien aus. So können die Effektstärken der individuellen Bewertung der Bundes- versus der Landesparteien auf die Landtagswahlentscheidungen direkt verglichen werden. Als Fazit zeigt sich, dass in Westdeutschland die Beurteilung der Landesparteien einen stärkeren Einfluss auf die individuelle Landtagswahlentscheidung ausübt als die Beurteilung der Bundesparteien. In Ostdeutschland prägt dagegen bei Landtagswahlen die bundespolitische Dimension das Abstimmungsverhalten der Wähler stärker. Die Parteipolitikverflechtung zwischen Landes- und Bundesebene ist somit bei Landtagswahlen in Ostdeutschland erheblich stärker ausgeprägt als in den alten Bundesländern.

*Stichworte:* Landtagswahlen, Nebenwahlen, Bundespolitik, Parteipolitikverflechtung, Ost-West-Vergleich, replikativer Survey

# Do federal or subnational parties predominate individual subnational voting decisions in Germany?

*A quantitative analysis on the strength of the inter-relationship  
between federal and subnational politics(1996 – 2000)*

*Abstract:* Electoral studies often interpret German regional election results (“Landtagswahlen”) as barometers of public opinion on federal governmental parties’ performance. However, while interpreting German regional elections as “test-elections” for the national parliament, it is often underemphasised that subnational elections often follow a unique regional dynamics. So far, empirical investigations on the determinants of German regional elections consist either in qualitative case studies or aggregate analyses of official statistics. A quantitative study of individual-level survey data, comparing directly the explanatory power of the federal versus the subnational level, is still lacking. Conducting a repeated survey design, we analyse data from 17 German regional election surveys. Thus, the effects of individual assessments of federal parties versus their subnational counterparts on subnational voting preferences can be directly compared. The conclusion of our analyses can be summarized as follows: In Western Germany, the valuation of subnational parties has a stronger impact on individual voting preferences in subnational elections than the valuation of the federal parties has. However, in Eastern Germany, the federal dimension has a comparatively stronger effect. Hence, the federal – regional (“Länder”) party system linkage is clearly stronger in Eastern than in Western Germany.

*Keywords:* second-order elections, German regional elections, federal politics, federal – regional party system linkage, East-West comparison, repeated survey data

## *I. Einleitung*

Die empirische Wahlforschung in Deutschland hat in der jüngsten Zeit ein großes Interesse an der engen Verflechtung zwischen der bundes- und der landespolitischen Arena bekundet (vgl. Decker/Blumenthal 2002; Hough/Jeffery 2003; Burkhart 2004, 2005). Eine zentrale Frage hierbei lautet, welche dieser beiden politischen Sphären das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei Landtagswahlen stärker beeinflusst. Handelt es sich bei Landtagswahlen primär um Bundestestwahlen<sup>1</sup> oder dominieren vielmehr regionale Aspekte die individuellen Abstimmungsentscheidungen der Wählerinnen und Wähler?<sup>2</sup> Wir werden in unserem Beitrag das Ausmaß der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen anhand eines mehrstufigen statistischen Analyserahmens quantitativ abschätzen.

Die Sichtung der Forschungsliteratur verdeutlicht, wie kontrovers dieses Thema diskutiert wird: Während einige Studien die Wichtigkeit der übergeordneten bundespolitischen Verhältnisse bei der Erklärung von Landtagswahlergebnissen betonen (vgl. Dinkel 1977, 1981, 1989; Decker/Blumenthal 2002), wird vor allem in neueren Forschungsarbeiten diese vermeintliche Dominanz der Bundespolitik im Zusammenhang mit Landtagswahlen verstärkt angezweifelt. Insbesondere Hough/Jeffery (2001; 2003) argumentieren, dass die Bürgerinnen und Bürger bei den Landtagswahlen zunehmend nach regionalen Gesichtspunkten wählen würden. Gleichzeitig werde der Einfluss der Bundespolitik auf das Abstimmungsverhalten bei Landtagswahlen immer schwächer (vgl. Hough/Jeffery 2003: 81, 90). Von der Kontroverse in der Fachliteratur inspiriert werden wir diese konkurrierenden Thesen einem empirischen Test unterziehen. Glaubt man der Regionalisierungsthese von Hough/Jeffery (2001; 2003) dann sollten sich die Bürger bei den Landtagswahlen stärker an ihren Wahrnehmungen der Landesparteien orientieren, als ihre Wahlentscheidung von ihren subjektiven Urteilen gegenüber den Bundesparteien abhängig zu machen.

Unsere Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen Einbettung des Untersuchungsgegenstandes in seinen institutionellen Rahmen, werden wir im nächsten Abschnitt zunächst einen generellen theoretischen Analyserahmen präsentieren, die für unsere Fragestellung relevante Forschungsliteratur diskutieren und die Pointen der aktuellen Debatte zusammenfassend herausarbeiten. Wir werden die kontroversen Positionen einander

---

<sup>1</sup> „Landtagswahlen haben (...) immer mehr den Charakter von „Zwischen- beziehungsweise Testwahlen“ angenommen und fungieren als Stimmungsbarmeter für die Bundespolitik.“ (Decker/Blumenthal 2002: 145).

<sup>2</sup> „Wir vermuten auf Landesebene eine eigenständige territoriale Dynamik im Wahlverhalten, die zur nationalen Wahldynamik ein zunehmend loses Verhältnis einnimmt“ (Hough/Jeffery 2003: 81).

gegenüberstellen und daraus dann die im Mittelpunkt stehende Leithypothese ableiten. Abschnitt 3 leitet den empirischen Teil unseres Beitrags ein. Hier werden die verwendete Datenbasis, die Variablengenerierung und das zugrundeliegende Forschungsdesign näher spezifiziert. In Abschnitt 4 erfolgt dann die empirische Überprüfung der Regionalisierungshypothese anhand von Individualdaten. Hierbei werden wir mit logistischen Regressionsmodellen, Effektstärketests und Prüfungen auf Multikollinearität arbeiten. Wir analysieren hierzu alle 17 Landtagswahl-Surveys der Forschungsgruppe Wahlen des Zeitraumes 1996-2000. Dabei folgen unsere Analysen der Logik der Replikation: Es wird ein statistisches Modell spezifiziert und anschließend in vielen verschiedenen Datensätzen geschätzt und so auf seine Robustheit hin überprüft. Bei unseren Analysen konzentrieren wir uns ausschließlich auf die beiden großen politischen Parteien der BRD, die SPD einerseits sowie die CDU/CSU andererseits. Dabei werden wir für beide Parteien jeweils getrennte statistische Modelle berechnen, zudem wird eine differenzierte West-Ost-Betrachtung vorgenommen. Schließlich folgen in Abschnitt 5 eine Diskussion unserer empirischen Ergebnisse und ihre Einordnung in den aktuellen Forschungsstand.

## *II. Theoretische Grundlagen der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen*

### 1. Funktion und institutionelle Einbettung von Landtagswahlen

Durch die Wahlausgänge von Landtagswahlen werden im föderalen bundesstaatlichen Verhandlungssystem der BRD sowohl Landesregierungen legitimiert als auch indirekt über die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates entschieden (vgl. Lehmbruch 1996; 2000). Die Länderkammer ist im Prozess der Gesetzgebung mit beachtlicher Vetomacht ausgestattet, oft drohen wichtige Reformvorhaben der Bundesregierung und die hierzu benötigte Zustimmung zu Gesetzesvorlagen an der Blockadepolitik der Opposition zu scheitern. Wenn es den Oppositionsparteien gelingt, eine Mehrheit in der Länderkammer zu gewinnen, muss die Bundesregierung mit langwierigen und zermürbenden Aushandlungsprozessen im Gesetzgebungsverfahren rechnen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ kommentierte im Jahre 2004 diesen Zustand der Reformunfähigkeit folgendermaßen: „Die heillose Verquickung von Bund- und Länderzuständigkeiten hat die Bundesrepublik an den Rand der Unregierbarkeit gedrückt. Bei über 50 Prozent aller in Berlin verabschiedeten Gesetze muss der Bundesrat zustimmen – und die Landesregierungen nutzen die Möglichkeit immer

Die Institution des Bundesrates ist in den vergangenen Jahren zunehmend in die Kritik geraten. So schreibt etwa Sturm (2002: 166): „Noch in den siebziger Jahren galt er aus konkordanzdemokratischer Sicht als wesentliches und durchaus effizientes Element eines Bund-Länder-Verhandlungssystems (...), während im Gegensatz dazu in den neunziger Jahren in der politischen Diskussion Stimmen laut wurden, die das „Verhandeln“ als Gegenpol zu effizienterem Regieren und wahrgenommener Regierungsverantwortung nach dem Vorbild etwa des britischen konkurrenzdemokratischen Regierungssystem sahen.“ Vor allem im Zeitalter der Globalisierung gewann die Kontroverse über das Pro und Kontra einer zweiten Parlamentskammer in der BRD zunehmend an aktueller Brisanz.<sup>4</sup> Neben den bekannten Vorwürfen, wonach bikamerale Systeme aufgrund der vielen Vetopunkte<sup>5</sup> viel zu langsam auf die sich immer schneller wandelnden ökonomischen und sozialen Verhältnisse einer global- vernetzten Gesellschaft reagieren würden, wurde in letzter Zeit zunehmend auch ein Legitimationsproblem thematisiert, nämlich die Tendenz einer „Brechung des in der ersten Kammer repräsentierten Volkswillens“ (Vatter 2002: 126). Im Bewusstsein dieser Problematik und nach einem schwierigen Aushandlungsprozess zwischen allen Parteien, stimmte am 30.06.2006 der deutsche Bundestag der bis dato umfangreichsten Veränderung des Grundgesetzes seit 1949 zu. Hierbei wurden die von der CDU-SPD Regierungskoalition eingebrachten Vorschläge zur Föderalismusreform mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit im Parlament verabschiedet. Auch im Bundesrat wurde am 07.07.2006 die nötige 2/3-Mehrheit an Stimmen erzielt. Eckpunkte der Reform waren einerseits die Reduktion der Anzahl zustimmungspflichtiger Bundesgesetze in der Länderkammer auf einen Anteil von unter 40 % aller Gesetzesvorlagen, sowie die Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Länder. So gewannen die Länder im Gegenzug für die Reduktion der Anzahl zustimmungspflichtiger Gesetze zahlreiche Kompetenzen hinzu, so etwa beim Ladenschluss. Im institutionell eng verflochtenen Regierungssystem der BRD bleibt jedoch auch nach dieser Reform die Länderkammer weiterhin ein mächtiger Vetospieler im gesetzgeberischen Prozess und das Phänomen der politischen Verantwortungsdiffusion und Blockadepolitik bleibt nach wie vor bestehen.

Voraussetzung und Ursache für dieses viel diskutierte Phänomen der permanenten Blockadepolitik ist neben der oben ausgeführten institutionellen Dimension insbesondere

---

unverblümter, was ihnen missfällt, zu blockieren.“ (Beste et al. 2004: 44). Scharpf (1985) hat diesen Zustand der Vermischung von Bund- und Länderzuständigkeiten unter dem Begriff „Politikverflechtungsfalle“ subsumiert.

<sup>4</sup> Zur bundesdeutschen Föderalismusdebatte und Reformoptionen, vgl. Decker (2004) und Jun (2004).

<sup>5</sup> Hier liefert vor allem die Vetospielertheorie (vgl. Tsebelis 1995; Krehbiel 1996) und deren Anwendung auf das deutsche Regierungssystem interessante Erkenntnisse (vgl. König/Bräuninger 1997; König 1997).

auch das Abstimmungsverhalten der bundesdeutschen Wählerschaft bei Landtagswahlen. Während die Mitglieder des Bundestags über ein gemischtes System der Verhältniswahl in freien Wahlen vom Volk gewählt werden, besteht der Bundesrat aus Vertretern der jeweiligen Landesregierungen welche den Kabinettsanweisungen unterliegen (imperatives Mandat) und für ein Bundesland einheitlich abzustimmen haben (vgl. Rudzio 2003: 197). Die Landesregierungen werden wiederum durch die Landtagswahlen legitimiert. Von deren Ergebnis hängt somit letztendlich auch die parteiliche Komposition des Bundesrates ab. Analog zu den Midterm-Wahlen in den USA bzw. den Nachwahlen in Großbritannien, werden die Landtagswahlen oft als ein Ventil benutzt, um die regierenden Parteien im Bund abzustrafen. Die Wähler neigen dazu, ihre Parteipräferenz bei den Landtagwahlen zugunsten der Parteien der Bundesopposition zu wechseln. Erstaunlicherweise gibt es nur relativ wenige generalisierende Untersuchungen über das Mehrebenenwahlverhalten in Deutschland. „What has been largely missing in the post-unity era have been systematic analyses of how federal and Länder elections – whose results after all are the cause of any conflicting majorities – relate to and impact on one another.“ (Jeffery/Hough 2001: 74f.). Die vorliegende Arbeit möchte nun dieser Aufforderung nachkommen, die Einzelfallperspektive verlassen und möglichst allgemeine Aussagen über den Status von Landtagswahlen formulieren.

## 2. Landtagswahlen im Lichte einer allgemeinen Theorie der Nebenwahlen

Als grundlegenden konzeptuellen Rahmen für die Erklärung von Wahlverhalten in subnationalen Kontexten entwickelten Karlheinz Reif und Hermann Schmitt eine allgemeine Theorie der „Nebenwahlen“ (vgl. Reif/Schmitt 1980). Anlass für die Entwicklung dieses Analyserahmens waren die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979. Die Theorie wurde also zunächst im europäischen Kontext formuliert. Dabei wird eine wichtige Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Typen von Wahlen eingeführt:

- Als „Hauptwahlen“ werden Wahlen eingestuft, bei denen über die Machtverhältnisse auf nationaler Ebene abgestimmt wird.<sup>6</sup> Bei parlamentarischen Regierungssystemen wie etwa Deutschland oder Großbritannien fallen unter diese Kategorie die Wahlen zum nationalen Parlament, bei präsidentiellen Systemen wie den USA bezieht sich dieser Terminus auf die Präsidentschaftswahlen. Dabei wird diese Kategorie von Wahlen als erstrangig („first-

---

<sup>6</sup> Diese wird im Folgenden auch als „Hauptarena“ bezeichnet (vgl. Reif 1984: 344). Wahlen, welche im subnationalen bzw. europäischen Kontexten stattfinden, werden unter dem Begriff „Nebenarena“ subsummiert.



order elections“) bezeichnet, denn hier wird entschieden wer zukünftig im Land das Sagen hat (vgl. Reif/Schmitt 1980: 8f.).

- „Nebenwahlen“ werden im Gegensatz dazu in der subjektiven Wählerwahrnehmung als weniger wichtig eingeschätzt. Sie werden als zweitrangig („second-order elections“) bezeichnet. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament fallen in diese Kategorie alle subnationalen Wahlen (Kommunalwahlen, Regionalwahlen, Landtagswahlen). Im Falle von präsidentiellen Regierungssystemen gehören hierzu auch die Wahlen von Repräsentanten der legislativen Staatsorgane (vgl. Reif/Schmitt 1980; Reif 1984; Reif 1997; Norris 1997).

Der zentrale Aspekt von Nebenwahlen ist nun, dass weniger auf dem Spiel steht („less is at stake“). Dies hat für Wahlen, welche in einer Nebenarena des jeweiligen politischen Systems stattfinden, folgende wichtige Implikationen (vgl. Reif/Schmitt 1980: 9f.):

- Bei zweitrangigen Wahlen ist regelmäßig eine niedrigere Wahlbeteiligung zu beobachten, als bei Nationalwahlen. Dies ist Ausdruck einer von den Wählern als geringer beigemessenen Relevanz dieses Wahltypus.
- Die Bürger experimentieren eher mit kleinen oder neuen Parteien. Während es bei Hauptwahlen um die Besetzung der wichtigsten Spitzenpositionen im politischen System geht, stehen bei Nebenwahlen weniger wichtige Ämter zur Disposition. Bei Wahlen zum nationalen Parlament möchten viele Wähler ihre Stimme nicht „verschwenden“ und entscheiden sich bei ihrer Stimmabgabe für eine der großen etablierten Parteien. Bei Nebenwahlen dagegen neigen die Bürger eher dazu eine kleine Partei zu wählen, von der sie sich unter Umständen besser vertreten fühlen.
- Der höhere Anteil an ungültigen Stimmzettel wird häufig als allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungen der Parteien und Spitzenpolitiker in der Hauptarena interpretiert.
- Die Parteien, welche auf nationaler Ebene die Regierung bilden schneiden bei Nebenwahlen in der Regel schlecht ab. Die Oppositionsparteien können dagegen häufig Stimmengewinne für sich verbuchen. Die Gründe hierfür können in einem Sanktionswahlverhalten, welches sich gegen die Regierung der Hauptarena richtet, gesehen werden.

Wendet man diese Logik auf die Landtagswahlen in der BRD an, dann lässt sich die folgende These aufstellen: Das Abschneiden der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen hängt entscheidend von der zum jeweiligen Zeitpunkt aktuellen bundespolitischen Situation ab. Oder allgemeiner formuliert: „Die Ergebnisse von Nebenwahlen entsprechen dem typischen

Muster der Zustimmungskurve in der Bevölkerung für die Regierung und die sie tragenden Parteien in der Hauptarena im Verlauf des Hauptwahlzyklus.“ (Reif 1984: 344). Da in der Regel die Popularitätswerte der Bundesregierung im Laufe ihrer Legislaturperiode stark absinken, lässt sich auch ein entsprechend hoher Stimmenverlust bei den Landtagswahlen erwarten. Die empirischen Befunde von Burkhart (2004, 2005) deuten in diesem Zusammenhang auf eine starke bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen hin. In ihrer empirischen Untersuchung mit Aggregatdaten kommt Burkhart zu dem Schluss, dass das Ausmaß der Stimmenverluste der Bundesregierungsparteien bei den Landtagswahlen von der Höhe ihres Popularitätsverlustes seit Amtsantritt abhängt (vgl. Burkhart 2005: 35). Weitere Aggregatdatenanalysen zur Theorie der Nebenwahlen haben Marsh (1998) und Ferrara/Weishaupt (2004) im europäischen Kontext durchgeführt. Neuere empirische Untersuchungen für die BRD lassen sich bei Lohmann et al. (1997) sowie Gaines/Crombez (2004) finden.

### 3. Landtagswahlergebnisse: Reflektoren des bundespolitischen Klimas oder Spiegelbilder regionaler Entwicklungen?

Im vorigen Abschnitt wurde die Wichtigkeit der Bundespolitik bei den Landtagswahlen betont, jedoch hat der Einfluss von bundespolitischen Faktoren sicher auch seine Grenzen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der relativen Wichtigkeit von landesspezifischen und regionalen Faktoren. Die regelmäßig diskutierten Landtagswahlstudien<sup>7</sup> lassen zumeist ein recht diffuses Bild entstehen. Dabei werden je nach allgemeiner Stimmungslage mal territoriale Aspekte, dann wieder bundespolitische Ereignisse stärker in den Vordergrund gerückt. Es scheint hier sehr schwierig, vom jeweiligen spezifischen Kontext einer konkreten Landtagswahl losgelöst, eine allgemeine Aussage zu formulieren. So schreiben Decker/Blumenthal (2002: 146) in diesem Zusammenhang: „Der eigentümliche Charakter des bundesdeutschen Verbundföderalismus führt dazu, dass eine genaue Abgrenzung von bundes- und landespolitischer Sphäre nur schwer möglich ist.“ Und auch Fabritius (1979: 33) resümiert: „So stehen die Landtagswahlen und die Landespolitik nicht ganz im Schatten der Bundespolitik, sondern eher im Halbschatten.“

---

<sup>7</sup>Beispiele für Wahlstudien welche das Verhältnis von Bundes- und Landtagswahlen in der BRD thematisieren finden sich insbesondere in der Zeitschrift für Parlamentsfragen: Haungs/Jesse (1980: 157); Haungs/Jesse (1983: 527); Bürklin et al. (1984: 237); Schultze (1987: 39); Billing (1991: 592); Beyme (1992: 341); Schmitt-Beck (1996: 248).

Sicher steht bei den Landtagswahlen weniger auf dem Spiel als bei den Bundestagswahlen, aber immerhin steht auch hier einiges auf dem Spiel. Deswegen wäre es bei der Analyse von Landtagswahlen ein Fehler, die Effekte der bundespolitischen Konstellation zu Lasten der jeweils spezifischen Situation in der betreffenden Landesarena zu überschätzen. Auch Landesregierungen treffen wichtige Entscheidungen und haben somit einen entscheidenden Anteil daran, die Weichen für die zukünftige Entwicklung des jeweiligen Bundeslandes zu stellen. Die zentralen Fragen lauten also: Welche der oben genannten Faktoren, die regionale Dimension versus die bundespolitische Dimension, beeinflussen das Landtagswahlverhalten stärker? Wie haben sich diese Einflüsse im Laufe der Zeit relativ zueinander verändert? Ist es statistisch überhaupt möglich diese Effekte vernünftig voneinander zu trennen, oder ist beim Versuch einer statistischen Modellierung dieser Zusammenhänge mit massiven Multikollinearitätsproblemen zu rechnen?

In der Zeit vor der deutschen Wiedervereinigung lässt sich noch ein weitgehender Konsens in der Fachliteratur beobachten, wonach die übergeordnete bundespolitische Konstellation einen gewichtigen Einfluss auf die Landtagswahlergebnisse ausübt. Insbesondere Dinkel (1977; 1981; 1989) und Fabritius (1978) stellen in ihren Versuchen, die Dynamik von Landtagswahlen systematisch zu durchleuchten, immer wieder fest, dass das jeweils aktuelle nationale politische Klima für den Ausgang einer Landtagswahl von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Verhältnis, wonach Landtagswahlen vorwiegend „Bundestestwahlen“, „Pseudo-Plebiszite“ über die Bundespolitik oder gar „Bundesratswahlen“<sup>8</sup> seien (vgl. Fabritius 1979: 30), wird im Rahmen der jüngsten Fachdebatte zunehmend in Frage gestellt. Vor allem Hough/Jeffery (2001, 2003) beanspruchen in ihren Repliken des Dinkelschen Analyseansatzes mit den Landtagswahlergebnissen nach 1990 eine zunehmende Entkoppelung des Landtagswahlverhaltens von der Bundespolitik entdeckt zu haben: „Landtagswahlen haben seit 1990 zunehmend ihre eigene (beziehungsweise 16 eigene) Dynamik(en), werden weniger von bundespolitischen Fragen „durchdrungen“ und spiegeln eher die Landesbesonderheiten eines heterogener gewordenen Deutschlands wider.“ (Hough/Jeffery 2003: 81). Die Autoren begründen dies vor allem mit dem Aufkommen von neuen territorialen Konfliktlinien („cleavages“), welche nach der Wiedervereinigung zwischen den alten und den neuen Bundesländern entstanden sind. Dagegen seien die

---

<sup>8</sup> Bereits zu Zeiten Konrad Adenauers war bei Landtagswahlkämpfen vom Bundesrat die Rede, wie folgender Wahlslogan bei der hessischen Wahlkampagne der CDU aus dem Jahre 1954 belegt: „Deine Wahl im Hessenstaat zählt im Bonner Bundesrat. Regierung Zinn stützt Ollenhauer, wählt CDU für Adenauer.“ (zitiert nach Heidenheimer 1958: 820).

klassischen Hauptkonfliktlinien der territorial homogenen alten Bundesrepublik, also Bildung, Klasse und Schicht, Postmaterialismus, etc. zunehmend in den Hintergrund geraten (vgl. Schnell/Kohler 1995: 635; Hough/Jeffery 2003: 88). Die zentrale Hauptkonfliktlinie ist jetzt im Zuge des Integrationsprozesses des Ostens, in den Gegensätzen zwischen den neuen und den alten Bundesländern zu sehen: „Diese neue Territorialität der Landtagswahlen nach der deutschen Vereinigung hat den herkömmlichen zyklischen Charakter des Verhältnisses von Landtags- zu Bundestagswahlen gesprengt. Landtagswahlen sind nicht mehr eindeutig zweitrangige Wahlen. Sie werden stattdessen zunehmend nach landeseigenen, territorialen Dynamiken entschieden“ (Hough/Jeffery 2003: 90). Zudem gibt auch die nach 1990 veränderte Parteienlandschaft Anlass, das Verhältnis zwischen Bundespolitik und Landtagswahlen neu zu überdenken. Vor allem das Fortbestehen der PDS, welche im Osten die drittstärkste politische Kraft darstellt, im Westen jedoch nur wenige Anhänger findet, sei als Ausdruck von unterschiedlich materiellen Interessen und Wertesystemen zu deuten, welche letztendlich zu den beobachteten Unterschieden im Wahlverhalten zwischen West und Ost führen (vgl. Hough/Jeffery 2003: 89).

Ein weiterer Aspekt ist zudem die zunehmende Personalisierung der politischen Wahlkämpfe. Man erinnere sich nur an das bekannte Fernsehduell zwischen der jetzigen CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrem Vorgänger SPD-Altbundeskanzler Gerhard Schröder im Vorfeld der Bundestagswahlen 2005. Ähnliche Tendenzen sind auch bei Landtagswahlen auszumachen. Bereits Dinkel (1977) konnte bei seinen Untersuchungen zum bundesdeutschen Wahlzyklus feststellen, dass berühmte Landesväter einen Amtsbonus genießen und es immer wieder schaffen dem Popularitätstrend ihrer Partei auf der Bundesebene zu trotzen. Ein populärer Ministerpräsident kann, wenn er zum Zeitpunkt der Landtagswahlen zu einer der Parteien der amtierenden Regierungskoalition der Bundesebene angehört, deren Midterm-Verluste beträchtlich abmildern (vgl. Jeffery/Hough 2001: 92f.). Auch findet im Rahmen von Landtagswahlkämpfen oft eine bewusste Abgrenzung zur eigenen Bundespartei statt, spezifische regionale Themen werden stattdessen in den Vordergrund gerückt. Wenn also die Wählerinnen und Wähler nun tatsächlich bei den Landtagswahlen überwiegend nach regionalen Gesichtspunkten wählen sollten, würde das der allgemein akzeptierten „Protestwahltheorie“ widersprechen. Die folgende Behauptung von Hough/Jeffery (2003: 81) ist somit ein Angriff auf den „Common Sense“: „Wir konstatieren kein einfaches Sanktionswahlverhalten, sondern ein „Mehr-Ebenen-Wahlverhalten“, wobei die Wähler unterschiedliche Wahlentscheidungen mit unterschiedlichen Begründungen für die

Bundesebene verglichen mit der Landesebene treffen.“ Hier wird also unterstellt, dass die mündige Bürgerin bei ihrer Landtagswahlentscheidung relativ trennscharf zwischen den Parteien der nationalen Hauptarena und den Parteien der regionalen Nebenarena unterscheidet.

Die nun folgende empirische Analyse knüpft direkt an die bisherigen Arbeiten von Hough/Jeffery (2001, 2003) zur Regionalisierungsthese an. Die zentrale Schwierigkeit dort ergibt sich aus dem Anspruch, aus einer Zeitreihe von aggregierten Wahlstatistiken<sup>9</sup> direkt auf die zugrundeliegenden individuellen Entscheidungsmotive bei einer Landtagswahl zu schließen. Aus diesem Grund werden wir im empirischen Teil unserer Arbeit die zugrundeliegenden individuellen Wahlpräferenzen anhand von Survey-Daten direkt überprüfen. Die zu testende Leithypothese lautet dabei folgendermaßen: *Die Beurteilung der Landesparteien beeinflusst die Landtagswahlentscheidungen von Individuen stärker als deren Beurteilung der Bundesparteien.*

### *III. Empirischer Test der Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen*

#### 1. Datenbasis

Um die Regionalisierungshypothese von Hough/Jeffrey (2001, 2003) empirisch zu testen, analysieren wir im folgenden alle Landtagswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen aus dem Zeitraum 1996-2000. Insgesamt analysieren wir 17 Individualdatensätze, wobei jedes Bundesland genau einmal vertreten ist.<sup>10</sup> Die befragten Zielpersonen wurden zunächst zufällig ermittelt. Anschließend wurden die Daten anhand standardisierter Fragebögen, im Rahmen von Telefoninterviews, erhoben. Eine genaue Beschreibung der hier analysierten Datenbasis befindet sich im Anhang.

#### 2. Deskriptive Befunde

Auf eine entsprechende Nachfrage in den von uns analysierten Landtagswahl-Surveys, antworteten im Durchschnitt 78.6 % der Befragten in Westdeutschland, dass die

---

<sup>9</sup> Betrachtet wurde die Entwicklung der relativen Stimmenanteile der Parteien über die Zeit. Dagegen wurde nicht individuelles Wahlverhalten direkt analysiert. Solch eine Mikrofundierung erscheint aber dringend notwendig, wenn der Anspruch lautet, verlässliche Aussagen über individuelle Wählermotive zu treffen. Zur Debatte um die Problematik von ökologischen Schlüssen vgl. Freedman (1998) und King (1999).

<sup>10</sup> Ausnahme: Schleswig-Holstein kommt in unseren Analysen zweimal vor, 1996 und 2000.

Bundespolitik eine wichtige Rolle bei ihren Wahlerwägungen spielen.<sup>11</sup> Im Vergleich dazu liegt der mittlere Anteilswert in den neuen Bundesländern bei 87.2 %. Dies lässt auf eine hohe Relevanz der übergeordneten bundespolitischen Konstellation in beiden Teilen der Bundesrepublik schließen, wobei in Ostdeutschland mit einer Differenz von beinahe 9 % im Vergleich zu den alten Bundesländern die Bundespolitik wichtiger zu sein scheint (vgl. Tabelle 1):

*- Hier Tabelle 1 -*

In den späteren Umfragen, beginnend mit der Landtagswahlstudie in Bremen 1999, veränderte die Forschungsgruppe Wahlen die Fragestellung und formulierte das Item anders. Die Wichtigkeit der Bundespolitik wurde nun direkt in Relation zur Wichtigkeit der landespolitischen Verhältnisse abgefragt (vgl. Tabelle 2):

*- Hier Tabelle 2 -*

Der Eindruck hier ist nun ein völlig anderer. Führt man einen expliziten Vergleichsanker ein, also die Landespolitik, dann geben im Westen durchschnittlich nur 33.1 % der Befragten an, dass die Bundespolitik bei ihrer Landtagswahlentscheidung eine wichtigere Rolle spielt als die Landespolitik. In Relation dazu steigt dieser mittlere Anteilswert im Osten um über 8 % auf 41.4 % an. Bei einem direkten Vergleich der Bundes- mit der Landesebene beeinflusst also die landespolitische Dimension in beiden Teilen Deutschlands die individuelle Landtagswahlentscheidung stärker. Dabei spielt jedoch die Bundespolitik bei den ostdeutschen Wählerinnen und Wählern eine wichtigere Rolle als in den alten Bundesländern. Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen scheint damit in den neuen Bundesländern stärker zu sein als im Westen. Dieser Befund steht mit den Anteilswerten aus Tabelle 1 in Einklang. In dem nun folgenden Abschnitt analysieren wir unsere Fragestellung mit multiplen Regressionsmodellen.

---

<sup>11</sup> Die 3 Landtagswahlstudien Baden-Württemberg 1996, Rheinland-Pfalz 1996 und Schleswig-Holstein 1996 werden in diesem deskriptiven Abschnitt nicht berücksichtigt, da die von uns analysierten Items nicht abgefragt wurden.

### 3. Operationalisierung der Forschungsvariablen

Um die in unserem theoretischen Teil formulierte Leithypothese einer empirischen Überprüfung mit multiplen Regressionsmodellen zugänglich zu machen, haben wir unsere theoretischen Konzepte folgendermaßen operationalisiert:

- Die dichotome abhängige Variable  $LTWSPD(i)$  („Parteiwahl des  $i$  - ten Individuums: SPD versus andere Parteien“) wurde auf der Basis des Items zur Parteiwahl gebildet und weist die folgende Codierung auf: 1 = Befragter gibt an, bei der anstehenden Landtagswahl die SPD wählen zu wollen bzw. hat bereits für die SPD per Briefwahl gestimmt; 0 = Befragter gibt an, bei der anstehenden Landtagswahl eine andere Partei als die SPD wählen zu wollen bzw. hat bereits für eine andere Partei als die SPD per Briefwahl gestimmt. Personen bei denen hierzu keine Angaben vorliegen, werden aus der weiteren Analyse ausgeschlossen. Analog hierzu, haben wir auch unsere andere abhängige Variable  $LTWCDU(i)$  („Parteiwahl des  $i$  - ten Individuums: CDU versus andere Parteien“) gebildet: 1 = Befragter gibt an, bei der anstehenden Landtagswahl die CDU wählen zu wollen bzw. hat bereits für die CDU per Briefwahl gestimmt; 0 = Befragter gibt an, bei der anstehenden Landtagswahl eine andere Partei als die CDU wählen zu wollen bzw. hat bereits für eine andere Partei als die CDU per Briefwahl gestimmt.
- Die individuellen, subjektiven Urteile zu den jeweiligen Landesparteien wurden im Rahmen der Telefonumfragen durch speziell dafür konstruierte Sympathieskalen erfasst. Diese „Skalometer“ bilden in unseren Modellen die regionale Dimension einer Landtagswahl ab. Dabei geht der Wertebereich jeweils von 1 („Befragter hält überhaupt nichts von der Partei“) bis 11 („Befragter hält sehr viel von der Partei“). Mit Werten zwischen diesen beiden Extremen konnten die Befragten ihre Sympathiebekundung abgestuft angeben. Die entsprechenden unabhängigen Variablen lauten  $SPDLA(i)$  („Sympathiethermometer Landes-SPD für den Befragten  $i$ “) und  $CDULA(i)$  („Sympathiethermometer Landes-CDU für den Befragten  $i$ “).
- Um die bundespolitische Dimension von Landtagswahlen zu erfassen, wurden identisch konstruierte Skalen für die subjektiven Sympathieurteile für die Bundesparteien verwendet. Die Bezeichnungen der dazugehörigen unabhängigen Variablen lauten:  $SPDBU(i)$  („Sympathiethermometer Bundes-SPD für den Befragten  $i$ “) und  $CDUBU(i)$  („Sympathiethermometer Bundes-CDU für den Befragten  $i$ “).

Wie aus den Operationalisierungen ersichtlich wird, konzentrieren wir uns bei den nun folgenden Analysen ausschließlich auf die beiden größten Parteien im bundesdeutschen Regierungssystem, CDU und SPD.<sup>12</sup>

#### 4. Replikativer Survey als Forschungsdesign

Die unserer Studie zugrundeliegende Forschungsanordnung ist ein replikativer Survey (vgl. Firebaugh 1997). Bei den von uns analysierten Landtagswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen handelt es sich um Querschnitterhebungen, bei denen wiederholt zu verschiedenen Zeitpunkten, anhand weitgehend identischer Fragebögen, Personen aus jeweils unterschiedlichen Stichproben telefonisch interviewt wurden. Diese Ausgangssituation eignet sich hervorragend dazu, ein und dasselbe statistische Modell in vielen verschiedenen Datensätzen zu replizieren und dadurch seine Robustheit zu testen. Unsere abhängigen Variablen stellen jeweils ein dichotomes Merkmal mit nur 2 möglichen Ausprägungen dar. Solche binären Variablen lassen sich besonders adäquat mit logistischen Regressionsmodellen analysieren (vgl. Menard 2002; Kennedy 2003). Wir haben zunächst in jedem der 17 zu analysierenden Datensätzen die folgenden beiden logistischen Regressionsmodelle geschätzt:

$$\text{a.) } \ln(W[\text{LTWSPD}_{(i)=1}] : W[\text{LTWSPD}_{(i)=0}]) = a + b_1 \cdot \text{SPDBU}_{(i)} + b_2 \cdot \text{SPDLA}_{(i)}$$

$$\text{b.) } \ln(W[\text{LTWCDU}_{(i)=1}] : W[\text{LTWCDU}_{(i)=0}]) = a + b_1 \cdot \text{CDUBU}_{(i)} + b_2 \cdot \text{CDULA}_{(i)}$$

wobei:

- $\text{LTWSPD}_{(i)}$  = Parteiwahl bei den Landtagswahlen für das  $i$  - te Individuum (1 = SPD; 0 = andere Partei)
- $\text{LTWCDU}_{(i)}$  = Parteiwahl bei den Landtagswahlen für das  $i$  - te Individuum (1 = CDU; 0 = andere Partei)
- $\text{SPDBU}_{(i)}$  = Sympathie für Bundes-SPD beim  $i$  - ten Individuum (Skalometer: 1 = „vollständig unzufrieden“ bis 11 = „voll und ganz zufrieden“)
- $\text{SPDLA}_{(i)}$  = Sympathie für Landes-SPD beim  $i$  - ten Individuum
- $\text{CDUBU}_{(i)}$  = Sympathie für Bundes-CDU beim  $i$  - ten Individuum

---

<sup>12</sup> Bei unseren Analysen haben wir auf eine Hinzunahme kleinerer Parteien (FDP, Grüne und PDS) verzichtet, da mit der analysierten Datenbasis ein direkter West-Ost-Vergleich über weite Strecken nicht möglich ist. So wurden die Sympathiewerte für die damalige PDS nur in den neuen Bundesländern erhoben. Bei der FDP und den Grünen verhält es sich dagegen genau anders herum. Hier liegen die benötigten Informationen in der Regel nur für die alten Bundesländer vor.



- $CDULA_{(i)}$  = Sympathie für Landes-CDU beim i - ten Individuum
- „W“ bedeutet in diesem Zusammenhang „Wahrscheinlichkeit“; mit „ln“ ist der natürliche Logarithmus gemeint.

Bei der Interpretation der geschätzten Regressionskoeffizienten sind vor allem die Betrachtung der Vorzeichen sowie ein Vergleich der relativen Größe der Koeffizienten zueinander relevant. In diesem Zusammenhang bedeutet beispielsweise ein positives Vorzeichen des Regressionskoeffizienten von  $SPDLA_{(i)}$ , dass die Wahrscheinlichkeit bei der Landtagswahl die SPD zu wählen mit zunehmender Sympathie für die Landes-SPD ansteigt, ein negatives Vorzeichen würde dagegen bedeuten, dass die entsprechende Wahrscheinlichkeit sinkt. Dabei ist das Ausmaß der Veränderung umso stärker, je größer der Betrag des Koeffizienten ausfällt (vgl. Kohler/Kreuter 2001: 267). Wäre die Regionalisierungshypothese von Hough/Jeffery (2003) korrekt, dann erwarten wir, dass die Bundespartei bei der individuellen Landtagswahlentscheidung eine schwächere Rolle spielt als die Landespartei. Dieses postulierte Verhältnis sollte sich dann auch in den relativen Größen der jeweiligen Koeffizienten niederschlagen. So ist bei unterstellter Richtigkeit der Hypothese zu erwarten, dass in unseren Modellen die Regressionskoeffizienten der Landesparteien signifikant größer sind, als die Regressionskoeffizienten der Bundesparteien. Formal kann man die theoretische Erwartung der Regionalisierungsthese darstellen als:

$$SPDLA_{(i)} > SPDBU_{(i)} \text{ bzw. } CDULA_{(i)} > CDUBU_{(i)}$$

Ließe sich diese Vermutung empirisch bestätigen, dann würde dies bedeuten, dass die individuellen Landtagswahlentscheidungen stärker von den Landesparteien abhängen und, relativ dazu, weniger stark mit den Bundesparteien zu tun haben. Zwecks einer Überprüfung der Annahme wurde jeweils in allen Regressionsmodellen ein Signifikanztest („Wald-Tests“) auf Gleichheit der entsprechenden Regressionskoeffizienten durchgeführt (Nullhypothese:  $SPDLA_{(i)} = SPDBU_{(i)}$  bzw.  $CDULA_{(i)} = CDUBU_{(i)}$ ).

## 5. Empirische Befunde

Die beiden oben beschriebenen Modellgleichungen wurden auf identische Art und Weise in allen 17 Datensätzen geschätzt. Insgesamt wurden 34 logistische Regressionen berechnet. Zusätzlich dazu haben wir im Anhang eine intuitiv zugänglichere graphische

Interpretationshilfe unserer empirischen Befunde aufbereitet (vgl. hierzu die Abbildung 1). Die nun folgenden Tabellen 3-6 bilden die Ergebnisse unserer Berechnungen getrennt nach West versus Ost ab.

- Hier Tabelle 3 – 6 -

Zunächst kann bei allen 34 Replikationen unserer logistischen Regressionsmodelle ein annehmbarer Gesamt-Fit des Modells festgestellt werden: Das Pseudo R<sup>2</sup> nach McFadden weist durchgehend akzeptable bis gute Werte auf.<sup>13</sup> Zudem deuten alle LR-Chi<sup>2</sup>-Werte auf einen signifikanten Modellfit hin ( $p \leq 0.01$ ). Schließlich liegt auch in keinem einzigen Fall eine Modellgefährdung durch eventuelle Multikollinearitätsprobleme vor. Alle berechneten Varianzinflationsfaktoren (VIF) sind kleiner als der kritische Wert 5. Nähere Erläuterungen zur Multikollinearitätsprüfung sind dem Anhang zu entnehmen.

In den Landtagswahlstudien für die alten Bundesländer (vgl. Tabelle 3 und 4) legen unsere empirischen Befunde der Tendenz nach eine Bestätigung der Regionalisierungshypothese nahe: Bei 15 von insgesamt 22 Modellen, finden sich die Vermutungen von Hough/Jeffery (2003) bestätigt. Demnach haben die Wahrnehmungen der Landesparteien einen, relativ zu den subjektiven Beurteilungen der Bundesparteien, stärkeren Einfluss auf die individuellen Abstimmungswahrscheinlichkeiten bei den Landtagswahlen. Oder anders formuliert: In 15 von insgesamt 22 berechneten logistischen Regressionen für die alten Bundesländer ist der jeweilige Koeffizient für die Landespartei (SPDLA<sub>(i)</sub> bzw. CDULA<sub>(i)</sub>) auf einen der 3 konventionellen Niveaus signifikant größer als der entsprechende Koeffizient für die Bundespartei (SPDBU<sub>(i)</sub> bzw. CDUBU<sub>(i)</sub>). Dies entspricht den eingangs formulierten theoretischen Erwartungen der Regionalisierungsthese. Dagegen kann bei den übrigen 7 Modellen für Westdeutschland keine signifikante Differenz der beiden Koeffizienten anhand des Wald-Tests festgestellt werden. Zusammenfassend betrachtet kann somit für die alten Bundesländer die These vom „Mehr-Ebenen-Wahlverhalten“ (Hough/Jeffrey 2003: 81) in dem von uns analysierten Zeitraum tendenziell bestätigt werden. Die Wähler im Westen scheinen bewusst zwischen Landespolitik und Bundespolitik zu differenzieren, wobei hier die

---

<sup>13</sup> Bei der Berechnung von McFadden-Pseudo-R<sup>2</sup>, wird jeweils der Quotient der Likelihood des gegebenen Modells zur Likelihood eines Modells, bei dem alle Parameter auf Null gesetzt sind, gebildet:  $\text{Pseudo R}^2 = 1 - \ln(L_i) : \ln(L_0)$ , vgl. hierzu Hosmer/Lemeshow (1989: 149). Hierbei haben wir mit unseren Modellen Werte zwischen 0.207 (vgl. Tabelle 5: SPD-Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1998) und 0.438 (vgl. Tabelle 3: SPD-Landtagswahl in Saarland 1999) erreicht. Allgemein kann als Faustregel gelten: Akzeptable Werte sind größer als 0.2, gute Werte liegen ab 0.4 vor (vgl. Backhaus et al. 2003: 447).

regionalen Aspekte die individuelle Landtagswahlentscheidung zumeist stärker determinieren, als die bundespolitischen Rahmenbedingungen.

Die empirischen Befunde für Ostdeutschland liefern dagegen ein ganz anderes Bild (vgl. Tabelle 5 und 6): 11 der insgesamt 12 für die neuen Bundesländer durchgeführten Wald-Tests legen eine Verwerfung der Regionalisierungshypothese nahe. In 10 Fällen kann die Nullhypothese auf Gleichheit der beiden Regressionskoeffizienten ( $SPDLA(i) = SPDBU(i)$  bzw.  $CDULA(i) = CDUBU(i)$ ) nicht verworfen werden. In einem Fall ist sogar ein signifikant stärkerer Einfluss ( $p \leq 0.05$ ) der Sympathiewerte der Bundespartei auf die individuelle Abstimmungsentscheidung erkennbar (vgl. Tabelle 6: CDU-Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998). Nur in einem einzigen Fall lässt sich die eingangs formulierte Regionalisierungsthese für Ostdeutschland auf einem empirischen Signifikanzniveau von 1 % bestätigen (vgl. Tabelle 5: SPD-Landtagswahl in Brandenburg 1999). Somit kann für die neuen Bundesländer festgehalten werden, dass im subjektiven Entscheidungskalkül der Wähler die Bundesparteien genauso wichtig zu sein scheinen, wie dieselben Parteien auf der Landesebene. Das bundespolitische Geschehen scheint im Osten einen relativ stärkeren Einfluss auf die Landtagswahlen auszuüben als im Westen. Unsere empirischen Befunde zum ostdeutschen Wahlverhalten widersprechen damit diametral der Regionalisierungsthese von Hough/Jeffrey (2003) und werden zudem auch durch unsere deskriptiven Befunde (vgl. Tabelle 1 und 2) gestützt.

#### *IV. Diskussion und Ausblick*

Was sind die Ursachen für die starke Verflechtung von Bundes- und Landesparteipolitik im Bewusstsein der ostdeutschen Wähler? Der Hauptgrund für die beobachteten Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern liegt unserer Meinung nach in der, seit der Wende noch nicht abgeschlossenen Konsolidierungsphase des bundesdeutschen Parteiensystems im ostdeutschen Teil der Bundesrepublik. Darauf deuten vor allem die generell schwächeren Parteibindungen und die höhere Wechselwahlbereitschaft in den neuen Bundesländern hin.<sup>14</sup> Stärker als im Westen scheinen die Bürger im Osten eher situationsbezogen zu wählen, wobei hier laut Arzheimer/Falter (2002: 35) Orientierungen an einzelnen Spitzenpolitikern sowie aktuelle Themen vorherrschend sind. Folglich liegt die Vermutung nahe, dass das bundespolitische Tagesgeschehen bei den ostdeutschen

---

<sup>14</sup> vgl. hierzu Bürklin/Klein (1998: 169) und Weins (1999: 66f.)

Landtagswahlen einen weitaus stärkeren Einfluss ausübt, als im westdeutschen Teil der Bundesrepublik. Empirische Unterstützung für diese Annahme lässt sich in der quantitativen Studie von Simone Burkhart finden: „Gerade in den neuen Bundesländern ist der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen besonders hoch (...).“ (Burkhart 2004: 24). Im Gegensatz dazu kann sich der westdeutsche Teil der Bundesrepublik auf einen ungleich längeren Erfahrungshorizont mit dem bestehenden Parteiensystem stützen. So haben sich im Laufe der Jahrzehnte in den alten Bundesländern regionale Hochburgen der beiden großen Volksparteien CDU und SPD mit jeweils relativ stabilen lokalen Verwurzelungen und eigenen Landesprofilen herausgebildet.<sup>15</sup> Diese traditionell stark ausdifferenzierte Mehrebenenstruktur des bundesdeutschen Parteiensystems scheint über die Zeit hinweg letztlich auch im Bewusstsein der westdeutschen Wähler ihre Verankerung gefunden zu haben. Die Wählerschaft im Osten hat dagegen noch einen langen Gewöhnungsprozess vor sich.

Als weiterer Grund für die relativ starke bundespolitische Durchdringung der ostdeutschen Landtagswahlen kann auch der nur schleppend voranschreitende „Aufbau Ost“ gesehen werden. Vor allem die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern hat sich zu einem bundespolitischen Dauerthema entwickelt und heizt die Proteststimmung in der ostdeutschen Bevölkerung weiter an. Das Protest- bzw. Sanktionswahlverhalten gegen die jeweils amtierende Bundesregierung im Rahmen von Landtagswahlen ist im Osten viel stärker verbreitet als im Westen. Hierauf deutet insbesondere auch unsere Analyse der amtlichen Wahlstatistik für den Zeitraum 1990-2002 hin: So mussten die jeweils amtierenden Bundesregierungsparteien bei den westdeutschen Landtagswahlen, relativ zu ihren Wahlergebnissen bei den Bundestagswahlen in einem gegebenen Bundesland, im Durchschnitt 9.5 % ihrer erwarteten Stimmen einbüßen. Demgegenüber fiel bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland, mit einem im Vergleich zu den Bundestagswahlen mittleren relativen Stimmeneinbruch von 17.3 % die Bestrafung der Bundesregierungsparteien wesentlich härter aus.<sup>16</sup> Dieser empirische Aggregatdatenbefund untermauert somit zusätzlich die Vermutung, dass das Protest- bzw. Sanktionswahlverhalten gegen die jeweils amtierende Bundesregierung bei Landtagswahlen in den neuen

---

<sup>15</sup> Man denke in diesem Zusammenhang etwa nur an die CSU in Bayern mit ihrer bewussten Abgrenzung zur Bundes-CDU.

<sup>16</sup> Die Berechnungen der relativen Stimmenverluste der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen folgen dem von Reiner Dinkel (1977) vorgeschlagenen Verfahren. Hierbei werden in einem gegebenen Bundesland, die Wahlergebnisse der jeweils amtierenden Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen in Relation gesetzt zu ihren Stimmenanteilen bei den Bundestagswahlen.

Bundesländern viel stärker verbreitet ist als in Westdeutschland. Dieses Ergebnis steht sowohl mit den Befunden unserer deskriptiven Analysen, als auch mit den Schlussfolgerungen aus unseren Regressionsmodellen in Einklang.

In unserer quantitativen Studie haben wir abstrahiert vom Einzelfall einer konkreten Landtagswahl einen allgemeinen Analyserahmen vorgestellt und auf einige generelle Tendenzen bezüglich des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen hingewiesen. Der spezielle Kontext einer bestimmten Landtagswahl wurde dabei weitgehend ausgeblendet. Bei generalisierenden empirischen Studien besteht immer die Gefahr der Nichtberücksichtigung wichtiger Einflussfaktoren in den statistischen Modellen. So sind auch im Rahmen unserer Analysen weitere Größen denkbar, welche das individuelle Landtagswahlverhalten beeinflussen können. Situative Faktoren und einmalige, besondere Einzelereignisse konnten in unseren Regressionsmodellen nicht berücksichtigt werden. Hierunter sind bundes-<sup>17</sup> bzw. landespolitische<sup>18</sup> Einzelereignisse zu subsumieren, welche in der Regel unerwartet eintreten und einer Partei unverhofft großen Schaden zufügen oder einen Sympathieaufschwung bringen können.

Trotz dieser Nachteile und notwendigen Vereinfachungen plädieren wir dafür, auch in der Zukunft weitere generalisierende Studien durchzuführen, denn nur so lassen sich allgemeine Aussagen über die zentralen Funktionsweisen und Mechanismen von subnationalen Wahlen formulieren, welche über die Einzelfälle hinweg Gültigkeit beanspruchen. Um hierbei eine kumulative Wissensvermehrung zu erreichen, sollten weitere replikative Studien durchgeführt werden.

---

<sup>17</sup> Nach der deutschen Wiedervereinigung beispielsweise, musste die Bundesregierung (CDU/CSU-FDP) im Februar 1991 die Steuern erhöhen, um die hohen Kosten der Einheit finanzieren zu können. Da im Bundestagswahlkampf etwas anderes versprochen wurde, fühlten sich viele Wähler durch diese Entscheidung betrogen und nahmen kurz darauf die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen am 21.04.1991 zum Anlass, den großen Koalitionspartner CDU durch Stimmenverweigerung bzw. Alternativenwahl für die „Steuerlüge“ abzustrafen (minus 6.4 Prozentpunkte im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl). Dagegen konnte die SPD unmittelbar von diesen Ereignissen profitieren und 6 Prozentpunkte dazugewinnen (vgl. Decker/Blumenthal 2001: 150).

<sup>18</sup> Als Beispiel kann hier die Barschel-Affäre in Schleswig-Holstein aufgeführt werden, welche der SPD bei der Landtagswahl am 08.05.1988 starke Stimmenzugewinne bescherte und gleichzeitig bei der CDU zu einem massiven Einbruch in den Wählerstimmen führte (vgl. Decker/Blumenthal 2001: 147).

## Literatur

- Arzheimer, Kai / Jürgen W. Falter* (2002): „Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49-50: 27-35.
- Backhaus, Klaus / Bernd Erichson / Wulff Plinke / Rolf Weiber* (2003): „Multivariate Analysemethoden – Eine anwendungsorientierte Einführung“, 10. Auflage, Berlin: Springer.
- Berk, Richard A.* (2004): „Regression Analysis – A Constructive Critique“, *Sage Publications on Advanced Quantitative Techniques in the Social Sciences*, Vol. 11, Thousand Oaks: Sage.
- Beste, Ralf / Petra Bornhöft / Horand Knaup* (2004): „Verfassung: Schröder und Müntefering streiten um die Föderalismusreform“, in: *DER SPIEGEL*, Heft 44: 44-46.
- Beyme, Klaus von* (1992): „Zusammenlegung von Wahlterminen: Entlastung der Wähler – Entlastung der Politiker?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23: 339-353.
- Billing, Werner* (1991): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 21. April 1991: Machtwechsel in Mainz nach 44 Jahren“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22: 584-601.
- Burkhardt, Simone* (2004): „Partei politikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002“, *MPIfG Discussion Paper 04/1*, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Burkhardt, Simone* (2005): „Partei politikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46: 14-38.
- Bürklin, Wilhelm P. / Gerhard Franz / Rüdiger Schmitt* (1984): „Die hessische Landtagswahl vom 25. September 1983: Politische Neuordnung nach der „Wende“?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 15: 237-253.
- Decker, Frank / Julia von Blumenthal* (2002): „Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33: 144-165.
- Decker, Frank* (2004): „Konturen des „neuen“ Föderalismus aus Expertensicht: Eine Zwischenbilanz der Arbeit der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 35: 540-558.
- Dinkel, Reiner* (1977): „Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18: 348-359.
- Dinkel, Reiner* (1981): „Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 12: 135-139.
- Dinkel, Reiner* (1989): „Landtagswahlen unter dem Einfluss der Bundespolitik: Die Erfahrung der letzten Legislaturperioden“, in: *Jürgen W. Falter / Hans Rattinger / Klaus G. Troitzsch* (Hrsg.): „Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“, Frankfurt: Lang: 253-262.
- Fabritius, Georg* (1978): „Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik“, Meisenheim am Glan: Hain.
- Fabritius, Georg* (1979): „Landtagswahlen im Schatten der Bundespolitik – Auch in den Parteien eine personelle und programmatische Politikverflechtung“, in: *Der Bürger im Staat*, Heft 1: 29-33.
- Ferrara, Federico / J. Timo Weishaupt* (2004): „Get Your Act Together: Party Performance in European Parliament Elections“, in: *European Union Politics* 5: 283-306.

- Firebaugh, Glenn* (1997): "Analyzing Repeated Surveys", Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences, series no. 07-115, Thousand Oaks: Sage.
- Freedman, David A./Klein, Stephen P./Ostland, Michael/Roberts, Michael R.*, (1998): "A Solution to the Ecological Inference Problem", in: *Journal of the American Statistical Association* 93: 1518-1522 (Review).
- Gaines, Brian J. / Christophe Crombez* (2004): "Another Look at Connections Across German Elections", in: *Journal of Theoretical Politics* 16: 289-319.
- Haungs, Peter / Eckhard Jesse* (1980): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 18. März 1979 – Anfang vom Ende der CDU-Mehrheit?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 11: 153-166.
- Haungs, Peter / Eckhard Jesse* (1983): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 6.März 1983: Erste „Doppelwahl“ in der Geschichte der Bundesrepublik“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14: 517-531.
- Heidenheimer, Arnold* (1958): „Federalism and the Party System – The Case of West Germany“, in: *American Political Science Review* 52: 812-824.
- Hosmer, David W. Jr. / Stanley Lemeshow* (1989): „Applied Logistic Regression“, New York: John Wiley.
- Hough, Daniel / Charlie Jeffery* (2003): "Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34: 79-94.
- Jeffery, Charlie / Daniel Hough* (2001): "The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany", in: *German Politics* 10: 73-98.
- Jun, Uwe* (2004): „Reformoptionen der politischen Akteure im deutschen Föderalismus: Mehr Länderautonomie und mehr Wettbewerb als Ausweg aus der Politikverflechtungsfalle?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 35: 559-580.
- Kennedy, Peter* (2003): „A Guide to Econometrics“, 5th Edition, Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- King, Gary / Robert O. Keohane / Sidney Verba* (1994): "Designing Social Inquiry – Scientific Inference in Qualitative Research", Princeton & New Jersey: Princeton University Press.
- King, Gary* (1999): "The future of Ecological Inference Research: A Comment on Freedman et al.", in: *Journal of the American Statistical Association* 94: 352-357 (mit Diskussion).
- Kohler, Ulrich / Frauke Kreuter* (2001): „Datenanalyse mit Stata“, München und Wien: Oldenbourg Verlag.
- König, Thomas* (1997): „Politikverflechtungsfalle oder Parteienblockade? Das Potential für politischen Wandel im deutschen Zweikammersystem“, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 8: 135-159.
- König, Thomas / Thomas Bräuninger* (1997): „Wie wichtig sind die Länder für die Politik der Bundesregierung bei Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28: 605-628.
- Krehbiel, Keith* (1996): „Institutional and Partisan Sources of Gridlock: A theory of divided and unified government“, in: *Journal of Theoretical Politics* 8: 7-40.
- Lehmbruch, Gerhard* (1996): „Die korporatistische Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderheft* 2: 19-41.
- Lehmbruch, Gerhard* (2000): "Parteienwettbewerb im Bundesstaat – Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland", 3. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lohmann, Susanne / David W. Brady / Douglas Rivers* (1997): „Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System: West Germany, 1961-1989“, in: *Comparative Political Studies* 30: 420-449.
- Marsh, Michael* (1998): "Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections", in: *British Journal of Political Science* 28: 591-607.

- Menard, Scott* (2002): "Applied Logistic Regression Analysis", 2<sup>nd</sup> Edition, Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences, series no. 07-106, Thousand Oaks: Sage.
- Norris, Pippa* (1997): "Second-order elections revisited", in: *European Journal of Political Research* 31: 109-114.
- Reif, Karlheinz / Hermann Schmitt* (1980): "Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results", in: *European Journal of Political Research* 8: 3-44.
- Reif, Karlheinz* (1984): "Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 15: 341-352.
- Reif, Karlheinz* (1997): "European elections as member state second-order elections revisited", in: *European Journal of Political Research* 31: 115-124.
- Rudzio, Wolfgang* (2003): „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“, 6.Auflage, Opladen: Leske und Budrich.
- Scharpf, Fritz W.* (1985): „Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 26: 323-356.
- Schmitt-Beck, Rüdiger* (1996): „Die hessische Landtagswahl vom 19.Februar 1995: Bestätigung der Regierungsfähigkeit von Grünen“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27: 243-256.
- Schnell, Rainer / Ulrich Kohler* (1995): „Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47: 634-658.
- Sturm, Roland* (2002): „Vorbilder für eine Bundesratsreform? Lehren aus den Erfahrungen der Verfassungspraxis Zweiter Kammern“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33: 166-179.
- Schultze, Rainer-Olaf* (1987): „Die bayerische Landtagswahl vom 12.Oktober 1986: Stabile Verhältnisse wie nachhaltige Veränderungen“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18: 38-56.
- Tsebelis, George* (1995): „Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism.“, in: *British Journal of Political Science* 25: 289-325.
- Vatter, Adrian* (2002): „Politische Institutionen und ihre Leistungsfähigkeit. Der Fall des Bikameralismus im internationalen Vergleich“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*: 125-143.
- Weins, Cornelia* (1999): „The East German Vote in the 1998 General Election“, in: *German Politics* 8: 48-71.



## Anhang

### Datengrundlage

Als Datenbasis wurden ausgewählte Landtagswahlstudien der „Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim“ (Primärforscher) verwendet. Die entsprechenden Datensätze wurden uns vom Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln zwecks Analysezwecken zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich einer Replikation, können die Daten jederzeit beim ZA Köln beantragt werden. Konkret handelt es sich dabei um die folgenden Landtagswahlen (mit ZA-Identifikationsnummer der jeweiligen Studie): *Baden-Württemberg am 24.03.1996 (ZA2913)*, *Rheinland-Pfalz am 24.03.1996 (ZA2914)*, *Schleswig-Holstein am 24.03.1996 (ZA2915)*, *Hamburg am 21.09.1997 (ZA3030)*, *Niedersachsen am 01.03.1998 (ZA 3031)*, *Sachsen-Anhalt am 26.04.1998 (ZA3032)*, *Bayern am 13.09.1998 (ZA 3167)*, *Mecklenburg-Vorpommern am 27.09.1998 (ZA 3168)*, *Hessen am 07.02.1999 (ZA3120)*, *Bremen am 06.06.1999 (ZA3169)*, *Brandenburg am 05.09.1999 (ZA3895)*, *Saarland am 05.09.1999 (ZA3896)*, *Thüringen am 21.09.1999 (ZA3898)*, *Sachsen am 19.09.1999 (ZA3897)*, *Berlin am 10.10.1999 (ZA 3894)*, *Schleswig-Holstein am 27.02.2000 (ZA3435)*, *Nordrhein-Westfalen am 14.05.2000 (ZA3436)*. Eine vollständige Dokumentation der hier durchgeführten Datenanalyse (STATA Log- bzw. Do-Files) kann jederzeit bei den Autoren angefordert werden.

### Prüfung auf Multikollinearität

Allgemein liegt ein Multikollinearitätsproblem dann vor, wenn bei einer multiplen Regression die unabhängigen Variablen untereinander hoch korreliert sind. Dadurch werden die Standardfehler der Regressionskoeffizienten sehr groß und die Schätzungen unpräzise. Als Konsequenz davon können weder die Vorzeichen noch die Koeffizientengrößen sinnvoll interpretiert werden. Auch werden überproportional häufig nicht-signifikante Regressionskoeffizienten ausgewiesen (vgl. Menard 2002: 76). In unserem Fall würden sich aufgrund von hohen Korrelationen der unabhängigen Variablen die einzelnen Effekte (Bundespartei versus Landespartei) auf die abhängige Variable (die individuelle Landtagswahlentscheidung) nicht mehr vernünftig voneinander trennen lassen. Ein formaler Ansatz zur Aufdeckung von Multikollinearität besteht in der Ermittlung von sog. „Varianzinflationsfaktoren“ (VIF). Diese sind definiert als (vgl. Berk 2004: 121):

$$\text{VIF}_j = 1 : (1 - R_j^2)$$

wobei:

- $R_j^2$  = Determinationskoeffizient für die Regression einer unabhängigen Variable  $X_j$  gegen alle übrigen unabhängigen Variablen des Modells.

VIF lässt sich für jede einzelne der unabhängigen Variablen berechnen. Dabei sind hohe Werte von VIF als Hinweis für Multikollinearität zu werten. VIF-Werte größer als fünf gelten hierbei als problematisch (vgl. Berk 2004: 121). In unseren Analysen werden die problematischen Grenzwerte in keinem einzigen Fall überschritten.

### Graphische Interpretationshilfen für den Vergleich der relativen Effektstärken

In Abbildung 1 haben wir die zentralen Befunde aus unseren logistischen Regressionsmodellen (vgl. Tabelle 3-6) graphisch visualisiert. Dabei wurden die geschätzten Odds-Ratios (y-Achse) gegen die zeitlich aufsteigenden, aneinandergereihten Landtagswahlen (x-Achse) geplottet. Hier sind die von uns festgestellten Phänomene, weitgehend regionalisierte Landtagswahlen im Westen auf der einen Seite versus eine starke bundespolitische Parteipolitikverflechtung beim Landtagswahlverhalten in den neuen Bundesländern auf der anderen Seite, noch deutlicher zu erkennen.

Im Westen liegt für die Landes-SPD die mittlere Effektstärke bei 1.77, für die Bundes-SPD beträgt sie 1.27. Die Differenz zwischen diesen beiden durchschnittlichen Odds-Ratios liegt damit für die SPD im Westen bei 0.50 zugunsten der Landesparteien. Dagegen betragen für die neuen Bundesländer die mittleren Odds-Ratios 1.41 für die Landes-SPD und 1.37 für die Bundes-SPD. Die durchschnittliche Differenz liegt im Osten also lediglich bei 0.04. In den Graphiken ist die im Osten engere bundespolitische Parteipolitikverflechtung klar erkennbar.

Auch beim Landtagswahlverhalten für die CDU zeigt sich ein ähnliches Muster. In den alten Bundesländern liegt die mittlere Effektstärke für die Landes-CDU bei 1.72, dagegen beträgt sie bei der Bundes-CDU lediglich 1.26. Somit liegen die durchschnittlichen Differenzen der relativen Effektstärken im Westen bei 0.46 zugunsten

der Landesparteien. Im Gegensatz dazu übersteigt bei der Wahl der CDU im Osten der Einfluss der Bundespartei sogar den der Landespartei: Während in den neuen Bundesländern für die Landes-CDU die mittleren Odds-Ratios 1.51 betragen, kommen wir bei unseren Schätzungen für die Bundes-CDU auf einen Durchschnittswert von 1.59. Damit liegt die mittlere Differenz im Osten bei -0.08 zuungunsten der Landesparteien! Abbildung 1 visualisiert diese Befunde:

*- Hier Abbildung 1 -*

**Tabelle 1:** Anteilswerte zur Wichtigkeit der Bundespolitik bei Landtagswahlentscheidungen

	Hamburg 1997	Nieder- sachsen 1998	Bayern 1998	Hessen 1999	Durchschnitt Westen	Sachsen- Anhalt 1998	Mecklenburg- Vorpommern 1998	Durchschnitt Osten
Bundespolitik wichtig	69.3 %	84.6 %	79.0 %	81.5 %	<b>78.6 %</b>	85.9 %	88.5 %	<b>87.2 %</b>
Bundespolitik nicht so wichtig	30.7 %	15.4 %	21.0 %	18.5 %	<b>21.4 %</b>	14.1 %	11.5 %	<b>12.8 %</b>
Fallzahl	711	818	696	950	3175	732	722	1454
Anteilswerte von Landtagswahlstudien, bei denen die folgende Frage gestellt wurde (Fragevariante Nummer 1): „Wenn Sie in an ihre Wahlentscheidung für die Landtagswahl in XXX denken, wie wichtig ist da für Sie die Bundespolitik?“								

**Tabelle 2:** Anteilswerte zur relativen Wichtigkeit von Bundespolitik versus Landespolitik

	Bremen 1999	Saarland 1999	Schleswig- Holstein 2000	NRW 2000	Durch- schnitt Westen	Brandenburg 1999	Thüringen 1999	Sachsen 1999	Berlin 1999	Durchschnitt Osten
Landespolitik wichtiger	70.3 %	63.4 %	73.5 %	60.4 %	<b>66.9 %</b>	59.0 %	54.8 %	59.5 %	60.9 %	<b>58.6 %</b>
Bundespolitik wichtiger	29.7 %	36.6 %	26.5 %	39.6 %	<b>33.1 %</b>	41.0 %	45.2 %	40.5 %	39.1 %	<b>41.4 %</b>
Fallzahl	879	841	767	709	3196	805	883	833	1399	3920
Anteilswerte von Landtagswahlstudien, bei denen die folgende Frage gestellt wurde (Fragevariante Nummer 2): „Wenn Sie an Ihre Wahlentscheidung für die Landtagswahl XXX denken, was ist da für Sie wichtiger, die Politik im Land XXX oder die Politik im Bund?“										

**Tabelle 3:** SPD-Parteiwahl, alte Bundesländer (logistische Regressionen; Multikollinearitätsprüfungen; Wald-Tests)

	Baden- Württemberg (1996)	Rheinland- Pfalz (1996)	Schleswig- Holstein (1996)	Hamburg (1997)	Nieder- sachsen (1998)	Bayern (1998)	Hessen (1999)	Bremen (1999)	Saarland (1999)	Schleswig- Holstein (2000)	NRW (2000)
<i>Effektstärken</i>											
Bundes-SPD Sympathiethermometer (SPDBU)	1.092 (1.23)	1.222 (4.13)***	1.218 (3.51)***	1.179 (3.07)***	1.060 (1.08)	1.413 (5.26)***	1.268 (3.24)***	1.650 (7.27)***	1.095 (1.83)*	1.301 (4.22)***	1.446 (4.86)***
Landes-SPD Sympathiethermometer (SPDLA)	1.794 (6.80)***	1.526 (6.72)***	2.009 (8.80)***	1.988 (9.86)***	1.829 (9.41)***	1.394 (5.14)***	1.704 (7.00)***	1.486 (5.98)***	2.246 (10.97)***	1.819 (8.55)***	1.711 (6.95)***
<i>Anpassung der Modelle</i>											
Mc Fadden Pseudo R2	0.221	0.232	0.343	0.324	0.278	0.251	0.315	0.294	0.438	0.298	0.308
LR Chi2	166.82***	209.20***	318.85***	305.00***	306.48***	219.18***	339.02***	296.79***	419.48***	329.15***	314.48***
Count R2 (korrekt klassifiz. Fälle)	81.23 %	72.84 %	79.59 %	79.37 %	76.57 %	75.08 %	77.16 %	76.02 %	81.69 %	77.97 %	76.45 %
N	666	659	686	703	794	666	797	738	699	799	739
<i>Multikollinearitätsprüfung:</i> (1) Determinationskoeffizient R2 für lineare Regression von SPDBU auf SPDLA (kritische Werte: R2 > 0.8) (2) Varianzinflationsfaktor VIF (kritische Werte: VIF > 5)											
R2	0.606	0.531	0.544	0.434	0.620	0.599	0.729	0.423	0.494	0.596	0.659
VIF	2.538	2.132	2.193	1.767	2.632	2.494	3.690	1.733	1.976	2.475	2.933
<i>Test auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten:</i> „Wald-Tests“ auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten. Nullhypothese: SPDBU = SPDLA. Theoretische Erwartung: SPDBU < SPDLA (Alternativhypothese):											
Beobachtetes Größenverhältnis	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund > Land	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund > Land	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund < Land
Chi2	<b>11.92***</b>	<b>5.16**</b>	<b>18.53***</b>	<b>26.00***</b>	<b>26.14***</b>	0.01	<b>4.64**</b>	0.84	<b>47.30***</b>	<b>8.64***</b>	1.59
Regressionskoeffizienten dargestellt als Chancenverhältnisse („Odds-Ratios“); z-Statistik in Klammern unterhalb des Regressionskoeffizienten; abhängige dichotome Variable ist LTWSPD (Parteiwahl bei Landtagswahl: SPD versus andere Parteien); * = signifikant auf 10%-Niveau (p ≤ 0.10); ** = signifikant auf 5%-Niveau (p ≤ 0.05); *** = signifikant auf 1%- Niveau (p ≤ 0.01)											

**Tabelle 4:** CDU-Parteiwahl, alte Bundesländer (logistische Regressionen; Multikollinearitätsprüfungen; Wald-Tests)

	Baden- Württemberg (1996)	Rheinland- Pfalz (1996)	Schleswig- Holstein (1996)	Hamburg (1997)	Nieder- sachsen (1998)	Bayern (1998)	Hessen (1999)	Bremen (1999)	Saarland (1999)	Schleswig- Holstein (2000)	NRW (2000)
<i>Effektstärken</i>											
Bundes-CDU Sympathiethermometer (CDUBU)	1.480 (5.36)***	1.342 (4.65)***	1.301 (3.63)***	1.143 (2.67)***	1.353 (4.78)***	1.206 (3.58)***	1.109 (1.71)*	1.323 (4.76)***	1.113 (1.90)*	1.065 (1.54)	1.377 (4.89)***
Landes-CDU Sympathiethermometer (CDULA)	1.406 (4.15)***	1.466 (5.50)***	1.719 (7.18)***	1.910 (8.72)***	1.775 (7.47)***	1.928 (9.36)***	1.876 (8.80)***	1.568 (6.46)***	1.692 (8.60)***	1.928 (10.49)***	1.657 (7.05)***
<i>Anpassung der Modelle</i>											
Mc Fadden Pseudo R2	0.314	0.307	0.375	0.336	0.407	0.370	0.345	0.247	0.272	0.338	0.370
LR Chi2	287.04***	269.02***	330.23***	265.91***	403.38***	345.40***	370.02***	238.68***	261.90***	336.26***	354.78***
Count R2 (korrekt klassifiz. Fälle)	77.16 %	79.43 %	82.01 %	81.69 %	84.89 %	79.14 %	79.01 %	73.57 %	76.65 %	80.81 %	80.43 %
N	670	666	678	688	794	676	791	734	698	787	741
<i>Multikollinearitätsprüfung:</i> (1) Determinationskoeffizient R2 für lineare Regression von CDUBU gegen CDULA (kritische Werte: R2 > 0.8) (2) Varianzinflationsfaktor VIF (kritische Werte: VIF > 5)											
R2	0.673	0.683	0.690	0.555	0.679	0.555	0.704	0.523	0.586	0.517	0.681
VIF	3.058	3.155	3.226	2.247	3.115	2.247	3.378	2.096	2.415	2.070	3.135
<i>Test auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten:</i> „Wald-Tests“ auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten. Nullhypothese: SPDBU = SPDLA. Theoretische Erwartung: SPDBU < SPDLA (Alternativhypothese):											
Beobachtetes Größenverhältnis	Bund > Land	Bund < Land	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund < Land	<b>Bund &lt; Land</b>	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund < Land
Chi2	0.13	0.53	<b>4.39**</b>	<b>23.13***</b>	<b>4.76**</b>	<b>20.42***</b>	<b>18.95***</b>	2.28	<b>15.90***</b>	<b>43.53***</b>	2.32
Regressionskoeffizienten dargestellt als Chancenverhältnisse („Odds-Ratios“); z-Statistik in Klammern unterhalb des Regressionskoeffizienten; abhängige dichotome Variable ist LTWCDU (Parteiwahl bei Landtagswahl: CDU versus andere Parteien); * = signifikant auf 10%-Niveau ( $p \leq 0.10$ ); ** = signifikant auf 5%-Niveau ( $p \leq 0.05$ ); *** = signifikant auf 1%-Niveau ( $p \leq 0.01$ )											

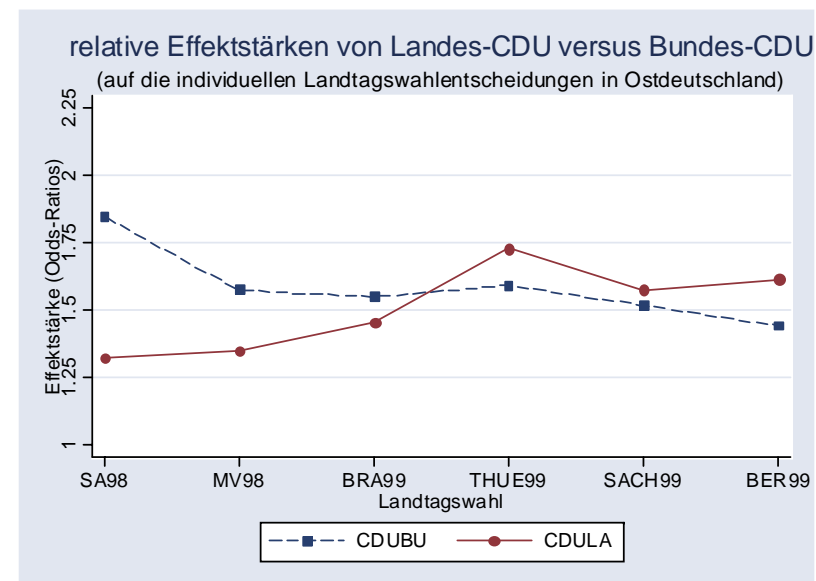
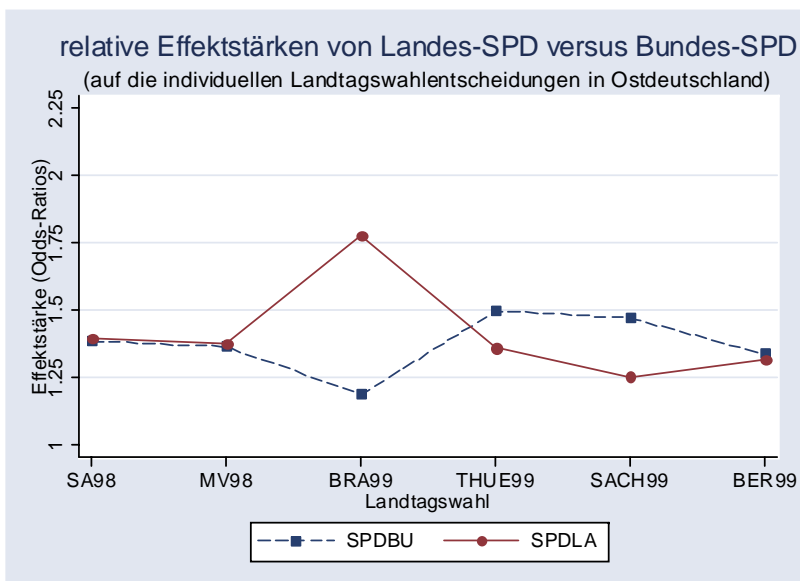
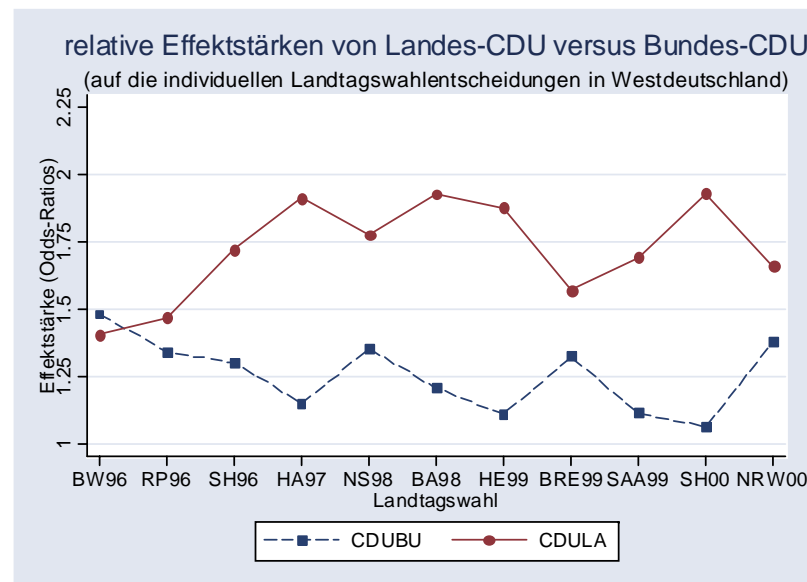
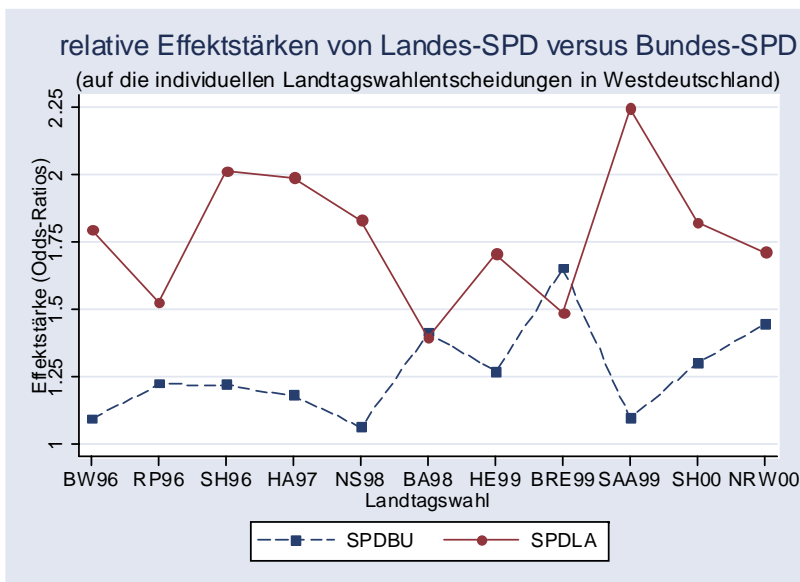
**Table 5: SPD-Party election, new federal states**  
(logistic regressions; multicollinearity tests; Wald-tests)

	Sachsen- Anhalt (1998)	Mecklenburg- Vorpommern (1998)	Brandenburg (1999)	Thüringen (1999)	Sachsen (1999)	Berlin (1999)
<i>Effektstärken</i>						
Bundes-SPD Sympathiethermometer (SPDBU)	1.383 (4.65)***	1.363 (4.52)***	1.185 (3.32)***	1.496 (5.44)***	1.469 (4.62)***	1.335 (6.36)***
Landes-SPD Sympathiethermometer (SPDLA)	1.396 (5.21)***	1.375 (4.80)***	1.775 (8.36)***	1.357 (4.09)***	1.251 (2.97)***	1.314 (5.97)***
<i>Anpassung der Modelle</i>						
Mc Fadden Pseudo R2	0.236	0.207	0.284	0.237	0.209	0.208
LR Chi2	227.45***	190.92***	263.57***	189.91***	119.45***	278.10***
Count R2 (korrekt klassifiz. Fälle)	72.02 %	72.27 %	76.81 %	82.30 %	87.64 %	77.47 %
N	704	696	677	740	712	1163
<i>Multikollinearitätsprüfung:</i>						
	(1) Determinationskoeffizient R2 für lineare Regression von SPDBU gegen SPDLA (kritische Werte: R2 > 0.8) (2) Varianzinflationsfaktor VIF (kritische Werte: VIF > 5)					
R2	0.637	0.626	0.538	0.596	0.531	0.572
VIF	2.755	2.674	2.165	2.475	2.132	2.336
<i>Gleichheit Regressionskoeffizienten</i>						
	„Wald-Tests“ auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten. Nullhypothese: SPDBU = SPDLA. Theoretische Erwartung: SPDBU < SPDLA (Alternativhypothese):					
Beobachtetes Größenverhältnis	Bund < Land	Bund < Land	<b>Bund &lt; Land</b>	Bund > Land	Bund > Land	Bund > Land
Chi2	0.01	0.00	<b>15.48***</b>	0.54	1.26	0.04
Regressionskoeffizienten dargestellt als Chancenverhältnisse („Odds-Ratios“); z-Statistik in Klammern unterhalb des Regressionskoeffizienten; abhängige dichotome Variable ist LTWSPD (Parteiwahl bei Landtagswahl: SPD versus andere Parteien); * = signifikant auf 10%-Niveau ( $p \leq 0.10$ ); ** = signifikant auf 5%-Niveau ( $p \leq 0.05$ ); *** = signifikant auf 1%-Niveau ( $p \leq 0.01$ )						

**Table 6: CDU-Party election, new federal states**  
(logistic regressions; multicollinearity tests; Wald-tests)

	Sachsen- Anhalt (1998)	Mecklenburg- Vorpommern (1998)	Brandenburg (1999)	Thüringen (1999)	Sachsen (1999)	Berlin (1999)
<i>Effektstärken</i>						
Bundes-CDU Sympathiethermometer (CDUBU)	1.844 (7.09)***	1.571 (6.85)***	1.548 (5.23)***	1.591 (6.19)***	1.515 (6.77)***	1.440 (6.91)***
Landes-CDU Sympathiethermometer (CDULA)	1.322 (3.97)***	1.347 (4.86)***	1.452 (5.02)***	1.728 (6.63)***	1.575 (5.75)***	1.613 (8.09)***
<i>Anpassung der Modelle</i>						
Mc Fadden Pseudo R2	0.418	0.375	0.319	0.382	0.343	0.362
LR Chi2	329.99***	340.72***	240.96***	396.82***	333.44***	574.07***
Count R2 (korrekt klassifiz. Fälle)	85.17 %	81.24 %	80.06 %	79.87 %	80.41 %	79.15 %
N	708	709	652	750	740	1170
<i>Multikollinearitätsprüfung:</i>						
	(1) Determinationskoeffizient R2 für lineare Regression von CDUBU gegen CDULA (kritische Werte: R2 > 0.8) (2) Varianzinflationsfaktor VIF (kritische Werte: VIF > 5)					
R2	0.683	0.672	0.633	0.685	0.619	0.698
VIF	3.155	3.049	2.725	3.175	2.625	3.311
<i>Gleichheit Regressionskoeffizienten</i>						
	„Wald-Tests“ auf Gleichheit der Regressionskoeffizienten. Nullhypothese: CDUBU = CDULA. Theoretische Erwartung: CDUBU < CDULA (Alternativhypothese):					
Beobachtetes Größenverhältnis	<i>Bund &gt; Land</i>	Bund > Land	Bund > Land	Bund < Land	Bund < Land	Bund < Land
Chi2	5.88**	1.87	0.21	0.36	0.10	1.31
Regressionskoeffizienten dargestellt als Chancenverhältnisse („Odds-Ratios“); z-Statistik in Klammern unterhalb des Regressionskoeffizienten; abhängige dichotome Variable ist LTWCDU (Parteiwahl bei Landtagswahl: CDU versus andere Parteien); * = signifikant auf 10%-Niveau (p ≤ 0.10); ** = signifikant auf 5%-Niveau (p ≤ 0.05); *** = signifikant auf 1%-Niveau (p ≤ 0.01)						

Abbildung 1: Relative Effektstärken von Bundes- versus Landesparteien auf die individuelle Landtagswahlabsicht (getrennt nach Ost versus West)





## Bisher erschienene Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie

(für eine vollständige Übersicht der z.T. als PDF zur Verfügung stehenden Texte siehe: [http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte\\_berichte.php](http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php))

- Nr. 1 (1/99)  
*Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1997/98.*
- Nr. 2 (1/99)  
Martin Abraham & Thomas Voss: *Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig.*
- Nr. 3 (1/99)  
Martin Abraham, Thomas Voss, Christian Seyde & Sabine Michel: *Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig. Codebuch zur Studie.*
- Nr. 4 (4/99)  
Thomas Voss & Martin Abraham: *Rational Choice Theory in Sociology: A Survey.*
- Nr. 5 (7/99)  
Martin Abraham: *The Carrot on the Stick. Individual Job Performance, Internal Status and the Effect of Employee Benefits.*
- Nr. 6 (11/99)  
Kerstin Tews: *Umweltpolitik in einer erweiterten EU. Problematische Konsequenzen des einseitigen Rechtsanpassungszwangs am Beispiel der umweltpolitischen Koordination zwischen der EU und Polen.*
- Nr. 7 (1/00)  
Martin Abraham & Christian Seyde: *Das Zahlungsverhalten von Auftraggebern: Eine Auswertung der Mittelstandsbefragung der Creditreform e.V. im Frühjahr 1999.*
- Nr. 8 (3/00)  
Martin Abraham & Per Kropp: *Die soziale Einbettung von Konsumentscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook.*
- Nr. 9 (6/00)  
Martin Abraham: *Vertrauen, Macht und soziale Einbettung in wirtschaftlichen Transaktionen: Das Beispiel des Zahlungsverhaltens von Geschäftspartnern.*
- Nr. 10 (7/00)  
Martin Abraham & Per Kropp: *Die Bedeutung sozialer Einbettung für Konsumentscheidungen privater Akteure. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 11 (8/00)  
Olaf Struck & Julia Simonson: *Stabilität und De-Stabilität am betrieblichen Arbeitsmarkt: Eine Untersuchung zur betrieblichen Übergangspolitik in west- und ostdeutschen Unternehmen.*
- Nr. 12 (8/00)  
Jan Skrobánek: *Soziale Identifikationstypen? - Anmerkungen zur ganzheitlichen Erfassung der Typik von "Identifikation".*
- Nr. 13 (09/00)  
Sonja Haug: *Soziales Kapital, Migrationsentscheidungen und Kettenmigrationsprozesse. Das Beispiel der italienischen Migranten in Deutschland.*
- Nr. 14 (11/00)  
Roger Berger, Per Kropp & Thomas Voss: *Das Management des EDV-Einkaufs 1999. Codebook.*
- Nr. 15 (12/00)  
Olaf Struck: *Continuity and Change. Coping strategies in a time of social change.*
- Nr. 16 (12/00)  
Olaf Struck: *Gatekeeping zwischen Individuum, Organisation und Institution. Zur Bedeutung und Analyse von Gatekeeping am Beispiel von Übergängen im Lebensverlauf.*
- Nr. 17 (12/00)  
Martin Abraham & Per Kropp: *Die institutionelle und soziale Einbettung von Suchprozessen für wirtschaftliche Transaktionen: Das Beispiel der Wohnungssuche. (S. 415-431 in *Normen und Institutionen: Entstehung und Wirkungen*, herausgegeben von Regina Metze, Kurt Mühler, und Karl-Dieter Opp. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2000).*
- Nr. 18 (05/01)  
Georg Vobruba: *Die offene Armutsfalle. Lebensbewältigung an der Schnittstelle von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.*
- Nr. 19 (05/01)  
Per Kropp, Christian Seyde & Thomas Voss. *Das Management des EDV-Einkaufs - Soziale Einbettung und Gestaltung wirtschaftlicher Transaktionen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Beschaffung*
- informationstechnischer Leistungen und Produkte durch Klein- und Mittelbetriebe. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 20 (08/01)  
*Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1999/2000.*
- Nr. 21 (08/01)  
Olaf Struck (Hrsg.): *Berufliche Stabilitäts- und Flexibilitätsorientierungen in Ostdeutschland. Ergebnisse eines Forschungspraktikums.*
- Nr. 22 (11/01)  
Per Kropp: *"Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Codebook.*
- Nr. 23 (11/01)  
Per Kropp & Kurt Mühler: *"Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 24 (11/01)  
Regina Metze & Jürgen Schroeckh: *Raumbezogene Identifikation in Low- und High-Cost-Situationen. Zur Systematisierung von Entscheidungskontexten.*
- Nr. 25 (11/01)  
Regina Metze & Jürgen Schroeckh: *Kooperationsregeln als Kollektivgut? - Versuch einer kulturalistischen Erklärung regionaler Kooperationsstrukturen.*
- Nr. 26 (04/02)  
Sonja Haug, Ulf Liebe & Per Kropp: *Absolvent 2000. Erhebungsbericht und Codebook einer Verbleibsstudie ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie.*
- Nr. 27 (04/02)  
Martin Abraham: *Die endogene Stabilisierung von Partnerschaften: Das Beispiel der Unternehmensbesitzer.*
- Nr. 28 (05/02)  
Syke Nissen: *Die Dialektik von Individualisierung und moderner Sozialpolitik: Wie der Sozialstaat die Menschen und die Menschen den Sozialstaat verändern.*
- Nr. 29 (08/02)  
Georg Vobruba: *Freiheit und soziale Sicherheit. Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat.*
- Nr. 30 (08/02)  
Georg Vobruba: *Die sozialpolitische Selbstermöglichung von Politik.*
- Nr. 31 (11/02)  
Beer, Manuela, Ulf Liebe, Sonja Haug und Per Kropp: *Ego-zentrierte soziale Netzwerke beim Berufseinstieg. Eine Analyse der Homophilie, Homogenität und Netzwerkdichte ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.*
- Nr. 32 (12/02)  
Haug, Sonja und Per Kropp: *Soziale Netzwerke und der Berufseinstieg von Akademikern. Eine Untersuchung ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.*
- Nr. 33 (01/03)  
Andreas Diekmann, Thomas Voss: *Social Norms and Reciprocity.*
- Nr. 34 (03/03)  
Martin Abraham. *With a Little Help from my Spouse: The Role of Trust in Family Business.*
- Nr. 35 (04/03)  
Ulf Liebe: *Probleme und Konflikte in wirtschaftlichen Transaktionen.*
- Nr. 36 (09/03)  
*Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 2001/2002.*
- Nr. 37 (09/03)  
Manuela Vieth: *Sanktionen in sozialen Dilemmata. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.*
- Nr. 38 (10/03)  
Christian Marschallek: *Die "schlichte Notwendigkeit" privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik.*
- Nr. 39 (10/03)  
Per Kropp und Simone Bartsch: *Die soziale Einbettung von Konsumentscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook der Erhebung 2003.*
- Nr. 40 (01/04)  
Manuela Vieth: *Reziprozität im Gefangenendilemma. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.*

---

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Heiko Rauhut, Msc, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig, bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte

Nr. 41 (01/04)

Oliver Klimt, Matthias Müller und Heiko Rauhut: *Das Verlangen nach Überwachen und Strafen in der Leipziger Bevölkerung.*

Nr. 42 (02.06)

Thilo Fehmel: *Staatshandeln zwischen betrieblicher Beschäftigungssicherung und Tarifautonomie. Die adaptive Transformation der industriellen Beziehungen durch den Staat*

Nr. 43 (07.06)

Christian Seyde: *Beiträge und Sanktionen in Kollektivgutsituationen: Ein faktorieller Survey.*

Nr. 44 (07.06)

Christian Seyde: *Vertrauen und Sanktionen in der Entwicklungszusammenarbeit: Ein faktorieller Survey.*

Nr. 45 (12.06)

Ivar Krumpal und Heiko Rauhut: *Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen Landtagswahlentscheidungen in der BRD? Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen (1996-2000).*